Errichtungsdekret und Satzung für den Betroffenenrat der Diözese Bozen-Brixen

Vorausgeschickt:

- dass ich mit Dekret vom 14. September 2023 (Prot. Nr. 2023/542 V) das Projekt „Mut zum Hinsehen“ in Kraft gesetzt habe;
- dass der Unabhängige Untersuchungsbericht der Kanzlei Westpfahl-Spilker-Wastl vom 20. Jänner 2025 die Schaffung eines Betroffenen(bei)rates empfiehlt (S. 593-595);
- dass die Steuerungsgruppe des Projekts „Mut zum Hinsehen“ auf dem Hintergrund der Notwendigkeit einer angemessenen Beteiligung von Betroffenen den Anstoß zur Umsetzung dieser Empfehlung gegeben hat;
- dass der Generalvikar die Kanzlei Lau-Litzka-Pusch aus München mit der Erarbeitung einer Satzung unter Beteiligung von Betroffenen sexualisierter Gewalt im Verantwortungsbereich der Kirche beauftragt hat und dass die Rückmeldungen der Steuerungsgruppe und des Generalvikars in den Entwurf eingearbeitet wurden;

errichte ich kraft meines Amtes als Diözesanbischof mit gegenwärtigem Dekret mit sofortiger Wirkung dauerhaft den Betroffenenrat in der Diözese Bozen-Brixen und approbiere mit sofortiger Wirkung und für fünf Jahre *ad experimentum* die Satzung des Betroffenenrates in der Diözese Bozen-Brixen,

das als Anlage integrierenden Bestandteil des vorliegenden Dekretes bildet. Vor Ablauf dieser Fünfjahresfrist soll in Absprache mit dem Generalvikar eine Evaluation gemacht werden.
Dieses Dekret und die Satzung des Betroffenenrates soll im *Folium Dioecesanum Bauzanense-Brixinense* veröffentlicht werden.

Ivo Muser, Bischof von Bozen-Brixen

Prot. Nr. 2026/399 II
Bozen, am Fest des hl. Matthäus, Apostel und Evangelist, den 21. September 2026

Satzung für den Betroffenenrat in der Diözese Bozen-Brixen

Präambel
Das Projekt „Mut zum Hinsehen“ hat die zentrale und unverzichtbare Rolle deutlich gemacht, die den Betroffenen von sexualisierter und anderen Gewaltformen zukommt, wenn sie und ihre Belange tatsächlich wahr- und ernst genommen werden sollen. Die Diözese Bozen-Brixen bekennt sich zu ihrer Verantwortung gegenüber den von Gewalt betroffenen Menschen für das ihnen im kirchlichen Rahmen widerfahrene Leid. Dazu gehört insbesondere das Leid, das dadurch entstanden ist, dass die Betroffenen und die ihnen zugefügten Verletzungen in der Vergangenheit kirchlicherseits nicht wahrgenommen wurden, sowie die daraus erwachsende Verantwortung für einen bewussten und verantwortungsvollen Umgang mit den Betroffenen. Ein maßgebliches Element für diese Haltung und die Gewährleistung ihrer Nachhaltigkeit ist neben der Neuordnung der Intervention in Fällen von sexualisierter und anderer Formen von Gewalt gegenüber Betroffenen die Schaffung eines institutionalisierten Rahmens, der den Gewaltbetroffenen die Wahrnehmung ihrer Interessen gegenüber Ortskirche und Gesellschaft ermöglichen soll. Zu diesem Zweck errichtet die Diözese Bozen-Brixen einen Betroffenenrat und stattet diesen mit den für eine wirksame, unabhängige und nachhaltige Aufgabenwahrnehmung erforderlichen Mitteln aus. Dabei nimmt der Betroffenenrat unabhängig von der Schaffung vergleichbarer Strukturen in anderen Bereichen nicht nur eine kirchliche, sondern gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahr.

§ 1: Errichtung des Betroffenenrates
In der Diözese Bozen-Brixen wird dauerhaft ein Betroffenenrat eingerichtet. Der Betroffenenrat nimmt seine Tätigkeit zum 21.09.2026 auf.

§ 2: Ziele und Aufgaben
(1) Ziel des Betroffenenrates ist es, die Interessen und Rechte von Betroffenen sexualisierter und anderer Formen von Gewalt zu vertreten und zu stärken. Er wirkt darauf hin, bestehende Strukturen der Diözese Bozen-Brixen in den Bereichen Intervention, Prävention und Aufarbeitung weiterzuentwickeln und zu verbessern und setzt sich für die Schaffung geschützter Räume für Gewaltbetroffene ein. Der Betroffenenrat ist Impulsgeber und nimmt eine Wächterfunktion in Kirche und Gesellschaft wahr.
(2) Der Betroffenenrat wird von den jeweils Verantwortlichen der Diözese Bozen-Brixen frühzeitig in alle Prozesse, Abläufe und Maßnahmen einbezogen, die die Belange von Betroffenen von sexualisierter und anderer Formen von Gewalt betreffen, und hierzu angehört. Sein Votum wird berücksichtigt. Aufgaben des Betroffenenrates sind insbesondere
    a) die kritische Begleitung der Aktivitäten der Diözese Bozen-Brixen in den Bereichen Intervention bei Fällen sexualisierter und anderer Formen von Gewalt, Prävention sexualisierter und anderer Formen von Gewalt, Aufarbeitung von Fällen sexualisierter und anderer Formen von Gewalt sowie Öffentlichkeitsarbeit, einschließlich der Kommunikation und des Austauschs mit Betroffenen,
    b) die Mitarbeit bei der jährlichen Überprüfung der Umsetzung der Interventionsordnung und bei der Erstellung des Reviews sowie
    c) der regelmäßige, mindestens halbjährliche Austausch mit den im Aufgabenbereich des Betroffenenrates handelnden Personen der Diözese Bozen-Brixen.
(3) Darüber hinaus umfasst das Aufgabenprofil des Betroffenenrates
    a) die kritische Begleitung des Umgangs mit Gewaltbetroffenen auf kommunaler und regionaler Ebene durch die jeweiligen politischen Instanzen und Entscheidungsträger,
    b) die Vernetzung und der Informationsaustausch mit anderen Betroffenenvertretungen im In- und Ausland,
    c) die Abgabe von Hinweisen, Stellungnahmen und Vorschlägen gegenüber der Diözese Bozen-Brixen zu Fragen, die die Interessen und Rechte von Betroffenen berühren und
    d) die Information kirchlicher Einrichtungen und Institutionen sowie der Öffentlichkeit über seine Tätigkeit.
(4) Weitere Aufgaben können dem Betroffenenrat durch gesonderte Regelung oder durch Einzelfallentscheidung des Diözesanbischofs oder des Generalvikars übertragen werden.

§ 3: Zusammensetzung
Der Betroffenenrat besteht mindestens aus drei und höchstens aus fünf Mitgliedern. Bei der Zusammensetzung ist eine nach Geschlecht, Alter, Sprachgruppenzugehörigkeit und Gewalterfahrung ausgewogene Struktur des Betroffenenrates anzustreben. Soweit möglich, sollen bei der Besetzung des Betroffenenrats unterschiedliche Kontexte von Gewalterfahrungen berücksichtigt werden, in denen sexualisierte Gewalt verübt wurde. Dazu gehören institutionelle, geografische und zeitliche Faktoren. Die Mitglieder des Betroffenenrates sollen jedenfalls in ihrer Mehrheit Personen sein, die durch Kleriker und sonstige Beschäftigte der Diözese Bozen-Brixen, Mitglieder oder Beschäftigte eines auf dem Gebiet der Diözese Bozen-Brixen ansässigen Religioseninstituts Gewalt erfahren haben, oder im Falle einer Gewalterfahrung in einem anderen kirchlichen Kontext ihren Wohnsitz im Bereich der Diözese Bozen-Brixen haben.

§ 4: Auswahlverfahren
(1) Für die Besetzung des Betroffenenrates wird ein aus vier Personen bestehendes Auswahlgremium gebildet. Dem Auswahlgremium gehören an
    - ein/e Betroffene/r mit nachgewiesener Erfahrung im Bereich der Tätigkeit von Betroffenenräten, wobei diese nicht auf den kirchlichen Kontext beschränkt sein muss,

- eine im Bischöflichen Ordinariat im Bereich Prävention, Intervention oder Aufarbeitung tätige Person,
- eine Person mit nachgewiesener Fachkenntnis, vorzugsweise wissenschaftlicher Expertise, im Bereich Psychiatrie, Psychologie oder Traumatherapie,
- eine Person aus dem Bereich der öffentlichen Verwaltung mit nachgewiesener Fachkenntnis im Bereich Kinderschutz.

Die Mitglieder des Auswahlgremiums werden durch die Steuerungsgruppe des Projektes „Mut zum Hinsehen“ bestimmt und durch den Bischof bestätigt. Scheidet ein Mitglied des Auswahlgremiums aus diesem aus, entscheidet dieses autonom über den/ die Nachfolger/in, der/ die in der Folge durch den Bischof bestätigt wird.

(2) Das Auswahlgremium führt spätestens neun Monate vor Ende der Amtszeit ein Interessenbekundungsverfahren durch und ruft öffentlich dazu auf, dass Gewaltbetroffene ihre Bereitschaft für eine Tätigkeit in dem Betroffenenrat bekunden sollen. Die weiteren Modalitäten für die konkrete Ausgestaltung und den Ablauf des Interessenbekundungs- und Auswahlverfahrens bestimmt das Auswahlgremium mit Drei-Viertel-Mehrheit. Eine Drei-Viertel-Mehrheit gilt auch für die Auswahl der Mitglieder des Betroffenenrates.

(3) Für die Bestellung der Mitglieder des Betroffenenrates in dessen erster Amtszeit gelten die Regelungen in § 9 Abs. 2.

§ 5: Amtszeit, Bestellung

(1) Die Amtszeit des Betroffenenrates beträgt drei Jahre.

(2) Die nach Durchführung des Auswahlverfahrens (§ 4) bestimmten Mitglieder des Betroffenenrates werden formell durch den Bischof von Bozen-Brixen in den Betroffenenrat für die Dauer der gesamten Amtszeit berufen. Wiederberufung und Verlängerung sind – auch mehrfach – möglich.

(3) Die Berufung soll spätestens sechs Wochen vor Beginn der Amtszeit erfolgt sein.

(4) Innerhalb von sechs Wochen nach Beginn der Amtszeit tritt der Betroffenenrat zur konstituierenden Sitzung zusammen. Der Termin wird durch den Generalvikar in Abstimmung mit den Mitgliedern des Betroffenenrates festgelegt. Die konstituierende Sitzung wird durch den Generalvikar geleitet. Der Bischof der Diözese Bozen-Brixen nimmt an der konstituierenden Sitzung teil.

§ 6: Arbeitsweise

(1) Die Mitarbeit im Betroffenenrat ist eine ehrenamtliche Tätigkeit. Die Mitglieder des Betroffenenrates erhalten für ihre Tätigkeit eine angemessene Aufwandsentschädigung und eine Erstattung ihrer Fahrt- und erforderlichenfalls Übernachtungskosten. Erstattungsfähig sind Kosten des eigenen Pkw in Höhe der anerkannten steuerlichen Höchstsätze je Entfernungskilometer sowie für Bahnfahrten innerhalb Italiens und in die angrenzenden Länder (einschließlich Deutschland) Tickets der 1. Klasse. Im Falle einer notwendigen Übernachtung sind auch angemessene Verpflegungskosten erstattungsfähig.

(2) Der Betroffenenrat erhält nach Vorlage des Tätigkeitsprogramms und eines Kostenvoranschlages sowie nach Beschluss durch den Verwaltungsausschuss am Bischöflichen Ordinariat jährlich ein Budget zugewiesen, wobei Kürzungen nur insoweit zulässig sind, als diese im Hinblick auf die Haushaltslage der Diözese Bozen-Brixen zwingend erforderlich sind und auch die Budgets anderer Bereiche des Bischöflichen Ordinariates entsprechend reduziert werden oder die beabsichtigten Ausgaben offenkundig Vorhaben außerhalb des Aufgabenbereichs des Betroffenenrates betrifft oder offenkundig unangemessen hoch sind. Das Budget wird innerhalb der diözesanen Buchhaltung als eigenes Verrechnungskonto geführt und unterliegt den betriebsüblichen Kontrollmechanismen. Darüber hinaus wird durch das Bischöfliche Ordinariat auf Wunsch administrative Unterstützung bei der Vor- und Nachbereitung der Sitzungen geleistet. Die Diözese Bozen-Brixen stellt den Mitgliedern des Betroffenenrats, wenn und soweit das von diesen gewünscht wird, für ihre Tätigkeit eine Supervision zur Verfügung. Die Supervision kann auch durch Beschäftigte der Diözese Bozen-Brixen erfolgen, soweit diese über die dafür erforderliche

Qualifikation verfügen und die notwendige Unabhängigkeit und Verschwiegenheit gegenüber der Diözese Bozen-Brixen gewährleistet ist. Für eine etwaige externe Supervision entstehende Kosten belasten das Budget des Betroffenenrates nicht.

(3) Der Betroffenenrat tagt mindestens einmal pro Quartal. Mindestens zwei Sitzungen im Jahr sollen in Bozen, alle weiteren können auch in anderen Orten Südtirols stattfinden.

(4) Die Mitglieder des Betroffenenrates bestimmen eine/n Vorsitzende/n, der Ansprechpartner des Bischöflichen Ordinariates in allen Belangen des Betroffenenrates ist, sowie eine/n Stellvertreter/in, der/ die diese Aufgabe im Fall nicht nur vorübergehender Verhinderung übernimmt.

(5) In Fällen von besonderem öffentlichem Interesse kann der Betroffenenrat im Rahmen einer der für die Durchführung von Sitzungen des Betroffenenrates bestehenden Möglichkeiten innerhalb eines Zeitraums von längstens 14 Tagen je nach terminlicher Verfügbarkeit einen Austausch mit dem Bischof oder dem Generalvikar verlangen.

(6) Im Übrigen können die Mitglieder des Betroffenenrates die weiteren Einzelheiten der Arbeitsweise des Betroffenenrates im Rahmen einer Geschäftsordnung regeln. Die Geschäftsordnung des Betroffenenrates ist dem Generalvikar anzuzeigen.

§ 7: Ausscheiden von Mitgliedern des Betroffenenrates

(1) Ein Mitglied des Betroffenenrats kann auf eigenen Wunsch jederzeit abberufen werden.

(2) Ein Abberufungsverfahren kann auch durch die Mehrheit der Mitglieder des Betroffenenrats unter Angabe von Gründen beim Auswahlgremium beantragt werden. Das Auswahlgremium prüft die Gründe für den Abberufungswunsch und hört das abzuberufende Mitglied an. Kommt das Auswahlgremium zu einem abweichenden Ergebnis, wird gemeinsam mit dem Betroffenenrat eine Lösung gesucht, mit der die Mehrheit des Betroffenenrats einverstanden ist.

(3) Der formelle Vollzug der Abberufung erfolgt in diesen Fällen durch den Bischof.

§ 8: Nachbesetzung

(1) Im Falle des Ausscheidens oder der Abberufung einzelner Mitglieder kann eine Nachbesetzung für die verbleibende Amtszeit erfolgen, sie muss erfolgen, wenn die Mindestzahl von drei Mitgliedern unterschritten wird.

(2) Die Nachbesetzung erfolgt in entsprechender Anwendung des § 4 aus dem Kreis der im Rahmen des Auswahlverfahrens berücksichtigten Personen.

(3) Abs. 2 gilt für den Fall entsprechend, dass alle Mitglieder gleichzeitig ausscheiden, soweit eine ausreichende Zahl der im Rahmen des Auswahlverfahrens berücksichtigen Personen zur Verfügung steht. Ist dies nicht der Fall, wird ein neues Auswahlverfahren gemäß § 4 Abs. 2 durchgeführt.

§ 9: Änderungen, Einführungsbestimmungen, Inkrafttreten

(1) Änderungen der vorliegenden Satzung werden im Benehmen mit dem jeweils amtierenden Betroffenenrat getroffen.

(2) Für die erste Amtszeit des Betroffenenrates werden mindestens drei Mitglieder auf verbindlichen Vorschlag der Steuerungsgruppe des Projektes „Mut zum Hinsehen“ durch den Bischof ernannt. Im Hinblick auf eine mögliche Ergänzung des Betroffenenrates bis zur Höchstmitgliederzahl führt das Auswahlgremium bis spätestens 31.09.2027 einen Auswahlprozess in entsprechender Anwendung von § 4 Abs. 2 durch. Im Falle einer Ergänzung des Betroffenenrates erfolgt diese bis spätestens 31.10.2027.

(3) Die Bestimmung und Bestätigung der Mitglieder des Auswahlgremiums gemäß § 4 Abs. 1 erfolgt bis spätestens 31.12.2026.

(4) Für das erste Jahr seiner Tätigkeit erhält der Betroffenenrat ein Startbudget in Höhe von 10.000,00 EUR, um dessen Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten, sowie ein der Höhe nach noch zu verhandelndes angemessenes laufendes Budget. Für die folgenden Jahre gilt § 6 Abs. 2.

(5) Die Satzung tritt am 21.09.2026 in Kraft. Sie ist im Amtsblatt für die Diözese Bozen-Brixen zu veröffentlichen.

Decreto di istituzione e statuto del Comitato consultivo delle parti offese nella diocesi di Bolzano-Bressanone

Premesso:

- che con decreto del 14 settembre 2023 (prot. n. 2023/542 V) ho avviato il progetto “Coraggio di guardare”;
- che il Rapporto d’indagine dello studio legale Westpfahl-Spilker-Wastl del 20 gennaio 2025 raccomanda la creazione di un consiglio/comitato delle parti offese (pagg. 588-590);
- che il gruppo direttivo del progetto “Coraggio di guardare” tenendo conto della necessità di un adeguato coinvolgimento delle persone offese, ha dato l’impulso per l’attuazione di questa raccomandazione;
- che il Vicario generale ha incaricato lo studio legale Lau-Litzka-Pusch di Monaco di Baviera di elaborare uno statuto coinvolgendo persone che hanno subito violenze sessuali nell’ambito di competenza della Chiesa e che i riscontri del gruppo direttivo e del Vicario generale sono stati integrati nella bozza;

in virtù del mio ufficio di Vescovo diocesano, istituisco con il presente decreto con effetto immediato in via permanente il Comitato consultivo delle parti offese nella diocesi di Bolzano-Bressanone e approvo con effetto immediato e per cinque anni *ad experimentum* lo Statuto del Comitato consultivo delle parti offese nella diocesi di Bolzano-Bressanone,

che, in allegato, costituisce parte integrante del presente decreto. Prima della scadenza di tale periodo quinquennale, si dovrà effettuare una valutazione in accordo con il Vicario generale.
Il presente decreto e lo Statuto del Comitato consultivo delle parti offese devono essere pubblicati nel *Folium Dioecesanum Bauzanense-Brixinense*.

Ivo Muser, Vescovo di Bolzano-Bressanone

Prot. Nr. 2026/399 II
Bolzano, nella festa di S. Matteo, apostolo ed evangelista, 21 settembre 2026

Statuto del Comitato consultivo delle parti offese nella diocesi di Bolzano-Bressanone

Premessa
Il progetto “Il coraggio di guardare” ha evidenziato il contributo chiave e fondamentale che può venire da chi abbia vissuto la violenza a sfondo sessuale e altre forme di violenza, quando i suoi bisogni ed esigenze siano realmente visti, sentiti e seriamente considerati. Al cospetto delle persone interessate da episodi di violenza, la diocesi di Bolzano-Bressanone riconosce ora la propria responsabilità per le sofferenze da esse patite nel contesto ecclesiale. L’ammissione riguarda in particolare il patimento arrecato in conseguenza della mancata considerazione mostrata in passato dalla Chiesa verso le persone offese e le ferite loro arrecate, oltre al senso di responsabilità che ne discende nel contesto di una gestione scrupolosa e consapevole dei rapporti con le parti lese. A sostegno di questa nuova posizione e a garanzia del suo mantenimento nel tempo assume un ruolo decisivo, oltre a una riorganizzazione dell’intervento nei casi di violenza a sfondo sessuale e di altro genere, anche la creazione di un contesto istituzionalizzato che consenta alle parti offese di vedere colti gli interessi ed esigenze che rivolgono alla chiesa locale e alla comunità di cui fanno parte. A questo scopo, la diocesi di Bolzano-Bressanone istituisce un Comitato consultivo delle parti offese, dotandolo altresì delle risorse necessarie a consentire di assolvere alle proprie funzioni con efficacia, autonomia d’azione e

stabilità nel tempo. Indipendentemente dalla creazione di strutture analoghe in altri contesti di intervento, il Comitato consultivo delle parti offese viene a svolgere una missione non solo nell'ambiente ecclesiastico ma nel più ampio contesto sociale.

Art. 1: Istituzione del Comitato consultivo delle parti offese
Nella diocesi di Bolzano-Bressanone è istituito in via permanente un Comitato consultivo delle parti offese. Tale Comitato entra in carica e inizia a svolgere la propria attività a decorrere dal 21.09.2026.

Art. 2: Finalità e funzioni
(1) Il Comitato consultivo delle parti offese è finalizzato a rappresentare e consolidare gli interessi e i diritti delle persone coinvolte in episodi di violenza a scopo sessuale e di altra forma. Mira a favorire l'evoluzione e il miglioramento delle strutture già esistenti all'interno della diocesi di Bolzano-Bressanone nei settori dell'intervento, della prevenzione e della rielaborazione dei casi, e si adopera per la creazione di spazi protetti da riservare alle persone offese. Oltre a suggerire spunti, il Comitato consultivo delle parti offese assume una funzione di vigilanza all'interno della Chiesa e della società.
(2) Dai singoli responsabili della diocesi di Bolzano-Bressanone, il Comitato consultivo delle parti offese viene coinvolto e consultato sin dalle prime battute nei processi, nelle procedure e nelle misure di intervento riguardanti soggetti interessati da forme di violenza a sfondo sessuale o di altro genere. Le funzioni del Comitato consultivo delle parti offese includono in particolare
    a) l'affiancamento critico di tutte le attività della diocesi di Bolzano-Bressanone nelle aree di intervento nei casi di violenza sessualizzata e di altra forma, prevenzione delle forme di violenza a sfondo sessuale e di altro genere, rielaborazione dei casi di violenza a sfondo sessuale e di altra forma, oltre che nell'attività di pubbliche relazioni, inclusa la comunicazione e il confronto con i soggetti interessati;
    b) la partecipazione alla revisione annuale dell'attuazione delle Norme di intervento e alla stesura del Rapporto di revisione nonché
    c) il confronto periodico, a cadenza almeno semestrale, con i soggetti della diocesi di Bolzano-Bressanone operanti nell'ambito di competenza del Comitato consultivo delle parti offese.
(3) Il profilo delle competenze del Comitato consultivo delle parti offese include inoltre
    a) l'affiancamento critico nella gestione dei rapporti con le parti offese da parte delle relative istanze politiche e decisionali, a livello comunale e regionale;
    b) l'interazione e lo scambio di informazioni con altre rappresentanze delle parti offese in Italia e all'estero;
    c) il rilascio di note, pareri e proposte nei confronti della diocesi di Bolzano-Bressanone su questioni concernenti gli interessi e i diritti dei soggetti offesi e
    d) l'informazione delle istituzioni ecclesiastiche, oltre che della pubblica opinione, in merito al proprio operato.
(4) Ulteriori funzioni possono essere affidate al Comitato consultivo delle parti offese tramite specifiche previsioni o decisioni ad hoc assunte dal Vescovo diocesano o dal Vicario generale.

Art. 3: Composizione
Il Comitato consultivo delle parti offese è composto da un minimo di tre membri e un massimo di cinque. La composizione dovrebbe essere il più possibile equilibrata in termini di rappresentanza dei sessi, delle fasce di età, del gruppo linguistico di appartenenza e delle esperienze di violenza vissute. Ove possibile, la composizione del Comitato consultivo delle parti offese dovrebbe rispecchiare anche diversi contesti di abuso e violenza a sfondo sessuale. Questi includono fattori istituzionali, geografici e temporali. La maggioranza dei componenti il Comitato consultivo delle parti offese dovrebbe essere in ogni caso costituita da persone che abbiano vissuto episodi di violenza perpetrata da chierici e altri dipendenti della diocesi di Bolzano-Bressanone, membri o dipendenti di un ordine religioso con sede nella diocesi di Bolzano-Bressanone oppure, in caso violenza vissuta in un altro contesto legato alla Chiesa, residenti nel territorio della diocesi di Bolzano-Bressanone.

Art. 4: Procedura di selezione

(1) Per la nomina dei membri del Comitato consultivo delle parti offese si costituisce un Comitato di selezione. Del Comitato di selezione fanno parte:
- una persona offesa, con comprovata esperienza nel campo di attività dei comitati di rappresentanza delle parti offese, pur non necessariamente ristretta al solo contesto ecclesiale;
- una persona operante presso la Curia vescovile nel campo della prevenzione, dell'intervento o della rielaborazione dei casi;
- una persona con comprovata competenza ed esperienza, preferibilmente a carattere scientifico, in campo psichiatrico, psicologico o psicoterapeutico focalizzato sul trattamento dei traumi;
- una persona proveniente dal settore della pubblica amministrazione con comprovata esperienza nel campo della tutela dei minori.

I componenti del Comitato di selezione, nominati dal Gruppo direttivo del progetto "Il coraggio di guardare", vengono confermati dal Vescovo. In caso di uscita dal Comitato di selezione di uno dei membri che lo compongono, sarà lo/a stesso/a a scegliere in autonomia la persona che gli/le succederà, la quale verrà successivamente confermata dal Vescovo.

(2) Almeno nove mesi prima dello scadere del mandato, il Comitato di selezione avvia una procedura di manifestazione di interesse invitando pubblicamente le persone offese a manifestare la volontà a operare in seno al Comitato consultivo delle parti offese. Le ulteriori modalità di concreto svolgimento e attuazione della manifestazione di interesse e della procedura di selezione sono definite dal Comitato di selezione a maggioranza di tre quarti. Una maggioranza di tre quarti vige anche per la scelta dei membri del Comitato consultivo delle parti offese.

(3) Per la nomina dei membri del Comitato consultivo delle parti offese nel suo primo mandato si procede in conformità a quanto previsto al successivo art. 9 punto (2).

Art. 5: Carica, nomina

(1) Il Comitato consultivo delle parti offese dura in carica tre anni.

(2) I componenti del Comitato consultivo delle parti offese individuati dopo l'esecuzione della procedura di selezione (Art. 4) sono formalmente nominati dal Vescovo di Bolzano-Bressanone per la durata dell'intero mandato del Comitato consultivo. Sono possibili la rinomina e proroga del mandato, anche ripetute.

(3) La procedura di nomina deve concludersi almeno sei settimane prima dell'inizio del mandato.

(4) Entro sei settimane dall'entrata in carica, il Comitato consultivo delle parti offese si riunisce in seduta costituente. La relativa data è fissata dal Vicario generale d'intesa con i membri del Comitato consultivo delle parti offese. Presiede la seduta costituente il Vicario generale. Il Vescovo della diocesi di Bolzano-Bressanone partecipa all'assemblea costituente.

Art. 6: Modalità operative

(1) L'attività svolta in seno al Comitato consultivo delle parti offese è su base volontaria e onoraria. I membri del Comitato consultivo delle parti offese percepiscono un'idonea indennità di rappresentanza, oltre al rimborso delle spese di viaggio ed, eventualmente, di pernottamento. Il rimborso spese di viaggio copre le spese per l'utilizzo della propria automobile, quantificato in base alla distanza e al limite fiscale di indennità chilometrica, così come i biglietti ferroviari di prima classe per i viaggi in treno effettuati sul territorio italiano e nei Paesi limitrofi (inclusa la Germania). In caso di necessità di un pernottamento, sono rimborsabili anche congrue spese di vitto.

(2) Dietro presentazione del proprio programma di attività e di un preventivo spese, nonché previa delibera del Comitato amministrativo presso la Curia vescovile, al Comitato consultivo delle parti offese è conferito annualmente un budget, soggetto eventualmente a tagli solo nella misura consentita in quanto necessariamente richiesta dalla situazione di bilancio della diocesi di Bolzano-Bressanone e purché le decurtazioni parimenti intacchino i budget di altre sezioni della Curia vescovile ovvero nell'ipotesi in cui le spese previste concernano apertamente progetti esulanti dall'ambito di funzioni del Comitato consultivo delle parti offese o risultino

manifestamente eccessive. All'interno della contabilità diocesana, tale budget è gestito separatamente come conto temporaneo di compensazione, soggetto ai meccanismi di controllo conformi alla prassi aziendale. Ove auspicato, la Curia vescovile fornirà altresì supporto amministrativo per la preparazione e successiva documentazione delle riunioni. Qualora desiderato, e nella misura richiesta, la diocesi di Bolzano-Bressanone fornisce inoltre ai membri del Comitato consultivo delle parti offese un servizio di supervisione dell'attività. La supervisione può essere svolta anche da dipendenti della diocesi di Bolzano-Bressanone, purché muniti/e delle necessarie qualifiche e in grado di garantire la necessaria indipendenza e segretezza rispetto alla stessa diocesi di Bolzano-Bressanone. Le spese per un'eventuale supervisione esterna non gravano sul budget del Comitato consultivo delle parti offese.

(3) Il Comitato consultivo delle parti offese si riunisce almeno una volta a trimestre. Almeno due sedute all'anno dovrebbero svolgersi a Bolzano, tutte le altre possono tenersi anche in altre località della provincia.

(4) I membri del Comitato consultivo delle parti offese nominano un/a Presidente fungente da persona di riferimento per la Curia vescovile in tutte le questioni che riguardano il Comitato stesso, nonché un'altra persona che ne faccia le veci in caso di suo temporaneo impedimento.

(5) Nei casi di particolare interesse pubblico, e nell'ambito di una delle possibilità previste per lo svolgimento delle sedute, il Comitato consultivo delle parti offese può richiedere di avere un confronto con il Vescovo o il Vicario generale, da tenersi entro e non oltre 14 giorni a seconda degli appuntamenti disponibili.

(6) Per il resto, i membri del Comitato consultivo delle parti offese possono disciplinare ulteriori dettagli operativi nell'ambito di un proprio regolamento interno. Il regolamento del Comitato consultivo delle parti offese andrà segnalato al Vicario generale.

Art. 7: Revoca o rinuncia alla carica

(1) L'incarico di un componente del Comitato consultivo delle parti offese può essere revocato, su richiesta dell'interessato/a, in qualsiasi momento.

(2) Una procedura di destituzione può essere avviata anche dalla maggioranza dei componenti del Comitato consultivo delle parti, presentando richiesta motivata al Comitato di selezione. Il Comitato di selezione esamina i motivi della richiesta di revoca dell'incarico e sente la persona interessata. Qualora il Comitato di selezione pervenga a un esito diverso, si cercherà unitamente al Comitato consultivo delle parti offese una soluzione supportata dalla maggioranza di quest'ultimo.

(3) La formalizzazione della revoca è, in questi casi, competenza del Vescovo.

Art. 8: Riassegnazione della carica

(1) Nel caso di rinuncia all'incarico o di revoca di singoli componenti è consentito riassegnare la carica per la restante durata del mandato, con obbligo di procedervi quando non sia raggiunta la soglia minima di tre componenti il Comitato.

(2) Applicando per analogia quanto previsto all'art. 4, si procederà a individuare la persona da nominare fra i soggetti considerati nell'ambito della procedura di selezione.

(3) La clausola di cui al precedente punto (2) si applica mutatis mutandis anche al caso in cui a lasciare il Comitato consultivo siano tutti i suoi componenti, sempre che sia disponibile un numero sufficiente di soggetti selezionati. Nell'ipotesi avversa si avvierà una nuova procedura di selezione conforme a quanto indicato all'art. 4 punto (2).

Art. 9: Modifiche, disposizioni introduttive, entrata in vigore

(1) Le modifiche al presente Statuto saranno adottate d'intesa con il Comitato consultivo delle parti offese via via in carica.

(2) Per il primo mandato del Comitato consultivo delle parti offese, almeno tre dei suoi componenti sono nominati dal Vescovo su proposta vincolante del Gruppo direttivo del progetto “Il coraggio di guardare”. In vista di una possibile integrazione del Comitato consultivo delle parti offese fino al raggiungimento del numero massimo di componenti previsti, il Comitato di selezione svolgerà un processo di selezione, da terminarsi entro e non oltre il 31.09.2027, opportunamente attenendosi a quanto specificato all’art. 4 punto (2). In caso di integrazione del Comitato consultivo delle parti offese, l’operazione dovrà ultimarsi entro e non oltre il 31.10.2027.

(3) La nomina e conferma dei componenti del Comitato di selezione in conformità a quanto previsto all’art. 4 punto (1) dovranno concludersi entro e non oltre il 31.12.2026.

(4) Per il primo anno di attività, il budget iniziale fornito al Comitato consultivo delle parti offese ai fini di garantirne l’operatività ammonta a Euro 10.000, integrato da un congruo budget corrente la cui entità è ancora da concordarsi. Per gli esercizi successivi si applica quanto previsto all’art. 6 punto 2.

(5) Il presente Statuto entra in vigore il giorno 21.09.2026. Sarà pubblicato nel Bollettino Ufficiale della diocesi di Bolzano-Bressanone.